

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.



Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Reichshauptstadt und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Post: 2,50 RM. Einzelnummern 15 Pf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Wilsdruff-Verlag, Dresden. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die 4 getragene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspennig, die 2 getragene Zeile im restlichen Teil 1 Reichsmark. Nachdruckgebühren 20 Reichspennig. Sonstige Anzeigen nach Vereinbarung. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die 4 getragene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspennig, die 2 getragene Zeile im restlichen Teil 1 Reichsmark. Nachdruckgebühren 20 Reichspennig. Sonstige Anzeigen nach Vereinbarung.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostitz behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 296 — 88. Jahrgang Teleg.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonnabend, den 21. Dezember 1929

Der Wettlauf.

Es ist nichts mit der 15-Millionen-Dollar-Anleihe für die Reichshauptstadt, die der Berliner Kämmerer schon in der Tasche zu haben glaubte und die doch plötzlich einer deutschen Inlandsanleihe Platz machen mußte; und es wird nichts mit der 80- oder 100-Millionen-Dollar-Anleihe für das Reich, die Reichsfinanzminister Hilferding auch schon so gut wie sicher hatte, nachdem alle tags zuvor von den New Yorker Bankgewaltigen gestellten Bedingungen von Reichsregierung und Reichstag angenommen waren.

Man kennt noch nicht recht die genaueren Zusammenhänge, die zu diesen gescheiterten Hoffnungen geführt haben, und man weiß deshalb nicht genau, wer für sie eigentlich verantwortlich gemacht werden darf. Als Nächste beteiligt sieht sich nur dem allgemeinen Unwillen für die erste der Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der weil er die ihm selber gewiß sehr peinliche Aufgabe übernommen hatte, der unveränderten Fortdauer der in höchstem Grade bedenklichen Finanzwirtschaft der letzten Jahre mit größter Entschiedenheit entgegenzutreten, trotzdem ihm eine sozusagen verfassungsmäßige Legitimation für diese Einbruchstätigkeit nicht zur Seite stand. Man war deshalb mit dem Vorwurf rasch bei der Hand, daß er sich die Rolle eines Finanzdiktators anmaße, die ihm durchaus nicht zustehe, und daß er unglücklicherweise seine Aufgabe darin zu erblicken scheine, den Kredit des Reiches und der deutschen Wirtschaft zu untergraben, statt ihn zu schützen und zu fügen.

Aber Dr. Schacht hat nicht auf Grant gebissen, wie man danach eigentlich hätte meinen sollen. Reichstag und Reichsregierung haben sich seinen Forderungen in der Hauptsache gefügt, wie schon vorher die Reichshauptstadt mit der von ihm geforderten Einführung eines Tilgungsfonds neben den Erhöhungen der städtischen Einnahmen sich seinen Anleihebedingungen unterworfen hatte. Wenn erst wieder das Geld im Beutel klingelt, wird der Zorn gegen den Beherrscher der Reichsbank sich wahrscheinlich langsam wieder legen. Weibchen aber wird der nunmehr ganz unaussprechlich gewordene Zwang zu äußerster Sparmaßnahmen in unserer gesamten öffentlichen Verwaltung und bleiben wird auch die uns nachgerade mit wir unsere Ausgabenwirtschaft aufrechterhalten wollen, das nur unter erheblicher Vermehrung der schon jetzt gewiß nichts weniger als leicht zu tragenden Steuerlasten möglich sein wird.

Die unsere auswärtigen Schulden sich in Zukunft gehalten werden, darüber wissen wir nun ja auch nichts des Young-Planes einigermaßen Weisheit. Aber auch unsere innere Schuldlast muß allen verantwortlichen Finanzmännern allmählich Jurat und Schrecken einflößen. Der sich trotzdem nicht an die wirklich einträgliche Forderung des Tages, die Ausgaben zu drosseln, wo nur irgend dazu die Möglichkeit besteht, die Verwaltung zu vereinfachen, auf daß sie endlich billiger und rascher arbeitet, wie es sich für ein völlig verarmtes Volk gehört, hält, der hat keinen Beruf als verantwortlicher Staatsmann und zweifelhaft verfehlt und muß fort von seinem Platz, ehe die Freiheit unserer Entscheidungen vollends genommen wird. Wir haben in diesen Tagen beschämendsten Wettbewerb um irgendwoher zu nehmende Antzeln einen nach, wenn man die Verlegenheiten des Reiches erst turmhoch anschwellen läßt, so daß der Geldgeber einfach in die Quader fällt. Es hat nicht viel gefehlt und die sorben mit einem Vertrauensboom des Reichstages bedachte Regierungsverpflichtungen der Luft gelogen, weil sie ihren dringenden Vermehrung. Im letzten Augenblick ist das Äußerste, wie aber die schlimmen Erfahrungen dieser Jahre nicht bei niemandem kann werden selbstverständlich nachwirken, und in noch verbesserter Auflage, wiederholen werden. Der Reichstag sucht in einem regelrechten Galopp tempo nun zu retten, was eben noch zu retten ist, doch ist wohl nunmehr die Überzeugung allgemeiner des ganzen Volkes gegeben worden, daß es so wie bisher in Deutschland nicht weitergehen kann, wenn wir überhaupt noch eine geregelte Verwaltung und eine auf dem freien Willen der Nation beruhende Gesetzgebung aufrechterhalten wollen.

England liquidiert nicht weiter.

Es gibt 200 Millionen Mark zurück. Unter der Überschrift „Zustand der Liquidation“ berichtet der „Daily Telegraph“, daß nach Verhandlungen, die während der letzten zehn Tage im Schattensaal zwischen Vertretern der britischen und der deutschen Regierung geführt wurden, ein Abkommen erzielt worden sei über die Frage des vormals deutschen Eigentums, das während des Krieges in England beschlagnahmt wurde. Auf der einen Seite behalte Großbritannien den Überschuss aus dem bereits liquidierten Eigentum in Höhe von etwa 14 Millionen Pfund Sterling, auf der anderen Seite werde es den deutschen Gläubigern das noch nicht

Briand spricht von dauernder Kontrolle Rheinlanddebatte im Senat

Paris, 20. Dezember. Am Freitag nachmittag beriet der Senat über die Anfrage des Senators Lemery, der sich mit den Sicherheitsgarantien, die Frankreich aus den Verträgen besitzt, befaßt. Außenminister Briand erklärte, daß er sich keinerlei Illusionen über die Möglichkeit hingebende, den Senator Lemery beruhigen zu können. „Ich bin niemals für die Preisgabe unserer Sicherheit gewesen. Ich schloß den Frieden von Locarno ab, die die französische Ostgrenze zu einer gemeinsamen Grenze für Frankreich, England, Belgien und Italien machte. Deutschland und einige unserer nächsten Freunde waren der Auffassung, daß mit Aufheben der Befragung über die Kontrolle im Rheinland verlustig gingen. 1926 erreichte ich, daß alle Mitglieder des Völkerbundes die Kontrolle des Völkerbundes über das Rheinland beschloßen. Die Deutschen lehnten diese Kontrolle über das Jahr 1935 hinaus ab. Wir wünschten, daß diese Einrichtung bestehen bleibt, so lange der Vertrag von Locarno Kraft besitzt. Diese Verhältnisse- und Feststellungskommission hat sehr weitgehende Vollmachten. Wenn sie eine Zusammenziehung deutscher Truppen feststellt, können wir militärische Maßnahmen ergreifen, ohne mit Deutschland in kriegerische Verwicklungen zu geraten. Wenn Sie die Unruhe in der Arbeit feststellen, kann die Angelegenheit vor den Völkerbund gebracht werden. England und Belgien haben sich verpflichtet, uns in diesen Fällen mit allen Kräften in der Hilfe zu kommen. Ich selbst habe bereits bei einem Bericht der Militärautoritäten über beunruhigende Vorgänge im Rheinland eingegriffen. Zwischen den französischen und deutschen Sachverständigen wurde eine Einigung in dieser Frage erzielt. Ähnlich dürften die Dinge sich auch in Zukunft abspielen. 1935 hätten wir unter Umständen das Rheinland verlassen müssen. Erst von diesem Augenblick an dürften wir, da unser Heeresbestand herabgesetzt sein wird, Unruhe empfinden und gerade für diesen Zeitpunkt habe ich Sicherheitsvorkehrungen, die der Verfallener Vertrag nicht enthält.“

Was hat uns nun die Kontrolle in der Zeit genützt, als wir uns noch im Rheinland befanden? Im Vorabend der Räumung der ersten Zone hat man ganz plötzlich fest-

gestellt, daß Deutschland, ohne daß man es bemerken konnte, Verteidigungslinien über eine beträchtliche Anzahl von Kilometern baute. Daher halte ich es für notwendig, daß Frankreich selbst auf seine Sicherheit bedacht ist. Es gelang uns, die notwendigen Vorkehrungen zu treffen und zu erreichen, daß die Feststellungs- und Versöhnungskommission während der gesamten Dauer des Locarno-Vertrages in Tätigkeit bleibt. (?) Der Verfallener Friedensvertrag schreibt uns vor, nur gemeinsam mit unseren Alliierten zu handeln. Eine vorzeitige Räumung einer Rheinlandzone hat bisher nicht stattgefunden.

Auch die zweite Zone ist nur etwa zwei Monate früher geräumt worden und zwar aus klimatischen Gründen. Die dritte Zone ist noch voll besetzt. Sie können sich unserer Räumung widersetzen, indem sie den Youngplan und die Haager Verträge ablehnen. Doch beunruhigt mich der Gedanke, daß diejenigen, die die Politik der Regierung kritisieren, keine anderen Vorschläge machen. Die wahre Politik muß in Verhandlungen bestehen, die zur Verhütung der Nerven beitragen. Im Haag habe ich eine Kontrollkommission ohne Begrenzung ihrer Wirkungsdauer verlangt. Es wurde abgewiesen, weil sie in dem Friedensvertrag nicht vorgesehen ist. Man einigte sich auf eine Verständigungs- und Feststellungskommission. Sie werden darüber urteilen können und wenn sie wollen, die Verträge ablehnen. Die Regierung wird mit der festen Hoffnung, den Youngplan zur Annahme zu bringen, nach dem Haag gehen. Die Frage der Sicherheit muß gleichfalls gelöst werden. Weder im Haag noch in London werden die Bestimmungen über Sicherheit und Frieden einander widersprechen.“ Nach Briand sprach Meland, der Briands Politik als gefährlich bezeichnete, insbesondere, da Deutschland sich weigere, seine Ostgrenzen zu garantieren.

Briand antwortete sofort und betonte, daß Frankreich sich niemals am Schicksal Polens desinteressiert hätte. Polen selbst hätte freilich den Vertrag von Locarno unterzeichnet.

Der Senat sprach sich schließlich mit 253 gegen 2 Stimmen für die Politik der Regierung aus, die die Vertrauensfrage gestellt hatte.

liquidierter Eigentum zurückzuführen, das ungefähr auf zwei Millionen Pfund Sterling geschätzt werde, und weiter zu Deutschlands Gunsten auf seinen Anspruch auf drei bis vier Millionen Pfund Sterling in amerikanischen Wertpapieren verzichtet, über deren Besitz langwierige Auseinandersetzungen vor den amerikanischen Gerichten stattfinden sollten. Schließlich sind in Übereinstimmung mit einer früheren Erklärung der britischen Regierung etwa fünf Millionen Pfund Sterling für sogenannte „Troßzahlungen“ von einem für diesen Zweck zu schaffenden Schiedsgericht bewilligt worden.

Das Abkommen bedeutet die Beseitigung eines Zwischenfalls, der noch vor kurzem die zunehmende Harmonie der englisch-deutschen Beziehungen und die Aussichten der nächsten Haager Konferenz getrübt habe. Diese Mitteilung beweise auch die vollkommene Grundlosigkeit der in der kontinentalen Presse erschienenen Berichte, wonach sich bei den deutsch-englischen Verhandlungen solche Schwierigkeiten und solche scharfen Gegenstände ergeben hätten, daß Snowden die Einführung von Sanktionsmaßnahmen in den Young-Plan gefordert habe.

Das Ergebnis der Verhandlungen zur Freigabe des deutschen Eigentums in England wird von unrichtiger deutscher Seite keineswegs als ein Erfolg bezeichnet, obwohl die bisherigen Veröffentlichungen den Eindruck erwecken, als ob, abgesehen von dem Verzicht auf die Überschüsse des bereits liquidierten Eigentums, alle übrigen Liquidationen nunmehr eingestellt und das Vermögen den berechtigten deutschen Eigentümern wieder restlos ausgehändigt würde. Diese Annahme trifft aber keineswegs zu. Vielmehr hat die englische Regierung sehr beträchtliche Vorbehalte bezüglich der noch schwebenden Liquidationen gemacht. Dem Vernehmen nach betreffen diese Vorbehalte alle wesentlichen größeren Vermögenskomplexe.

Die Unterzeichnung des deutsch-englischen Liquidationsabkommens wird voraussichtlich Anfang nächster Woche erfolgen. Das Abkommen wird dann gemeinsam mit den Young-Gesetzen dem Reichstag vorgelegt werden.

Berlins Finanzen unter Staatsaufsicht!

Eingreifen des Oberpräsidenten. In der außerordentlichen Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung verlas Oberbürgermeister Scholz ein Schreiben des Oberpräsidenten von Brandenburg an Berlin, in dem der Oberpräsident der Stadt Berlin bezüglich ihrer Finanzwirtschaft bestimmte Richtlinien vorschreibt. Unter anderem wird die Stadt von der Regierung wegen verpflichtet, für die neue Anleihe einen Tilgungsfonds zu schaffen, in den monatlich fünf Millionen aus den Mehreinnahmen der

sächsischen Tarife einzuzahlen sind. Auch etwaige sonstige Überschüsse der sächsischen Werke sollen in den Fonds eingezahlt werden. Mit der Überwachung dieser Maßnahmen wird Bürgermeister Scholz beauftragt.

Die Notlage der Wirtschaft.

Verhandlungen zwischen Regierung und Industrie. Auf Anregung des Verbandes Sächsischer Industrieller fand im Sitzungssaal des Wirtschaftsministeriums in Gegenwart des Ministerpräsidenten Dr. Binger und unter Leitung des Sächsischen Wirtschaftsministers Dr. Krug v. Kibba und v. Fallenstein eine Besprechung statt, an der Vertreter des Wirtschaftsministeriums, des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums und des Finanzministeriums teilnahmen. Vom Verband Sächsischer Industrieller waren unter Führung des Vorsitzenden des Verbandes, Direktor Wittke, eine Anzahl Mitglieder aus Leipzig, Dresden, Chemnitz usw. erschienen; außerdem nahmen die Landtagsabgeordneten: Vizepräsident Dr. Eckardt, Bergdirektor Lippe und Dr. Frucht an den Besprechungen teil.

Am Hand einer umfangreichen Denkschrift und unter Überreichung eines vom Verband Sächsischer Industrieller aufgestellten Programms von Forderungen zur

Behebung der gegenwärtigen Wirtschaftsnote wurde von dem Vorsitzenden des Verbandes Sächsischer Industrieller, Direktor Wittke, noch einmal in einem eingehenden Bericht der außerordentlichen Ernst der gegenwärtigen Lage der sächsischen Industrie in überzeugender Weise dargelegt. Direktor Wittke wies in seinen Ausführungen ganz besonders darauf hin, daß die Lage der Industrie infolge der durch die planlose Ausgabenwirtschaft von Reich, Ländern und Gemeinden herbeigeführten Überforderungen und durch die Überspannung der sozialen Lasten sowie durch die schädlichen, auf die Leistungsfähigkeit der Industrie keine Rücksicht nehmenden Auswirkungen des gegenwärtigen Schlichtungssystems schon seit langem eine außerordentlich ernste gewesen sei. Der Verband Sächsischer Industrieller habe immer wieder vor der Weiterverfolgung dieses Weges gewarnt und habe eine Umkehr von der jetzigen Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik

nachdrücklich gefordert. Trotz allem Verständnis, das insbesondere das sächsische Wirtschaftsministerium den Forderungen des Verbandes Sächsischer Industrieller entgegengebracht habe, sei es aber bisher nicht gelungen, diese Forderungen durchzusetzen. Wenn der Verband Sächsischer Industrieller heute nochmals sich gezwungen sehe, seine Sorgen und Bedenken den Vertretern der sächsischen